

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-Alt. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17 259 / Postfachkonto Dresden Nr. 15 533, Emil Schlegel  
Schließung: Dresden-Alt. Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Ami Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme“ Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die einmal gebaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Restzeile einschließlich an dem beigefügten Zeitungsanteil 1,25 RM. Anzeigenannahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-Alt., Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang

Donnerstag, den 20. Januar 1927

Nummer 16

## Die Rückzugslinie ertappter Lügner

### Der umgekehrte Sowjetgranatenschwindel

Von Rudolf Kenner.

Dresden, den 20. Januar 1927.

Wochenlang hat die sozialdemokratische Parteipresse den unerkennbarsten Schwindel über die Lieferung von Sowjetgranaten an die deutsche Reichswehr verbreitet. In ununterbrochener Aufmachung wurde den deutschen Arbeitern vorgegaukelt, daß die Sowjetunion die Waffen für die Reichswehr zur Niederkämpfung des deutschen Proletariats geliefert habe. Um die Lügen wahrscheinlicher zu machen, ließ man sagenhafte Schiffe mit Munition in See zu erscheinen. Kuttner ließ Arbeiter einer Gas- und Waffenfabrik aus Troitz aufmarschieren. Noch vor einigen Tagen gab er im Preussischen Landtag eine Erklärung ab, in der er behauptete, Genosse Pief habe zugestanden, daß Sowjetrußland Waffen an Deutschland geliefert habe. Es passierte ihm dabei zwar das kleine Mißgeschick, daß er einen gefälschten Spitzelbericht nicht richtig wiedergab. Kuttner behauptete, Genosse Pief habe eine solche Erklärung in einer Sitzung der Kommunistischen Zentrale abgegeben. Nach dem Spitzelbericht, der der Kommunistischen Partei sehr wohl bekannt ist, soll Genosse Pief keine Ausführungen in einer Berliner Funktionärsvorlesung gemacht haben. Kuttner verlegt die Erklärung Piefs einfach in eine Zentralsitzung. Auch hier wird der SPD-Führer wieder als ein Lügner entlarvt.

Die gesamte Hehe der Sozialdemokraten, die sie mit dem Sowjetgranatenschwindel entfachten, sollte zwei verschiedenen Zwecken dienen. Einmal dem Zurückdrängen des immer härter werdenden kommunistischen Einflusses auf die Massen, zum anderen sollte sie ein Druckmittel für die Regierungsbeteiligung im Reich werden. Die gesamte Aktion der Sozialdemokraten ist kläglich gescheitert. Die Massen des deutschen Proletariats glauben dem Schwindel von Anfang an einfach nicht. Soweit es sich aber um die Reichsregierung handelt, daß Sowjetrußland Flugzeuge, Waffen, auch Gasmunition herstellt, haben die Arbeiter schon lange gewußt, daß das gegenüber den drohenden Klüftungen der Imperialisten gegen Sowjetrußland eine glatte Selbstverständlichkeit ist. Die Massen der deutschen Arbeiter haben sich durch die plumpe Hehe der Sozialdemokratie nicht verwirren lassen. Die Sympathie der Massen für die Kommunistische Partei befindet sich in ständigem Anwachsen. Auch erkennen die arbeitenden Schichten immer deutlicher, daß die Politik der Sozialdemokraten nur darauf abgestellt ist, die Arbeiter von ihren Aufgaben abzulenkten und die revolutionäre Bewegung einzudämmen. Aber auch die andere Absicht des sozialdemokratischen Schwindelvorstoßes ist daneben gegangen. Die Beteiligung an der Reichsregierung hat man nicht erreicht. Mit solchen plumphen Manövern kann man ebensowenig, wie man die Arbeiter noch damit schrecken kann, die Klassengegner bezwingen. Nachdem sich jetzt das vollständige Fiasko der Sowjetgranatenkampagne für die Sozialdemokraten herausgestellt hat, versuchen sie jetzt, durch eine umgekehrte Sowjetgranatenhehe Erfolge zu erzielen. Während bei der ersten Kampagne man die Arbeiter gegen die Sowjetunion und die Kommunisten zu hegen gedachte, richtet man jetzt das Geschick nach der anderen Seite. Die sozialdemokratische Presse schreibt jetzt über Landesverräter in Uniform. Sie erklärt, daß die berufenen Hüter Deutschlands auf die fahrlässige Weise mit Geheimnissen der deutschen Landesverteidigung umgegangen seien. Die Volkszeitung schreibt: „Die Einrichtung der Kriegsgaszeugfabriken in Rußland mit Hilfe von Junkers, die Einrichtung der Giftgasfabrik in Troitz, die Munitionstransporte und was sonst an schändlichen Dingen dieser Art noch gefehlet ist — was sind sie im Grunde? Rund herausgelagert, nicht mehr und nicht weniger als Verrat militärischer Geheimnisse.“

Die Volkszeitung erklärt dann weiter, daß auf dem Wege über die Junkersverträge die Russen die Konstruktion für Militärflugzeuge vom modernsten Typ und militärisch hochwertige Flugzeugmotoren erhalten haben. Es sei unfasslich, daß das Reichswehrministerium solche Maßnahmen getroffen und unterstützt habe, die einen Landesverrat, Verrat militärischer Geheimnisse und die Preisgabe von Interessen der Landesverteidigung an Rußland darstellen. In ihrem Eifer, jetzt die Hehe umgekehrt fortzuführen, überläßt sich die Volkszeitung derart, daß sie sich entschließt, ihren Lesern mitzuteilen, daß die Sowjetunion nicht, wie sie erst behauptete, die deutsche Reichswehr unterstützt, sondern daß sie die Verbindungen und Beziehungen mit den Imperialisten benutzt für den Zweck der proletarischen Verteidigung gegen die Imperialisten. Die Volkszeitung schreibt: „Die Art und Weise, wie die Russen im Sommer 1926 sich in Sachen der Giftgasfabrik Troitz verhalten haben, läßt deutlich darauf schließen, daß es ihnen in erster Linie darauf ankam, in den Besitz eben dieser Produktionsgeheimnisse für Giftgas usw. zu gelangen, als daß dem deutschen Militärwahn Platz und Gelegenheit

boten, sich auszutoben.“ Die Volkszeitung merkt wahrscheinlich gar nicht, wie sie mit dieser Erklärung ihrer gesamten zuerst geführten Hehe-Kampagne ins Gesicht schlägt. Um aber noch eine Plattform zur Hehe gegen Sowjetrußland zu haben, begibt sich die Sozialdemokratie auf die Plattform der Landesverteidigung, gegen die sie bis jetzt angeblich immer Stellung genommen hat. Natürlich soll auch die neue Kampagne dazu dienen, eine Beteiligung an einer Reichsregierungsregierung zu gewinnen. Soweit die neue Hehe sich gegen Sowjetrußland und die Kommunisten richten soll, werden die Sozialdemokraten auch hier nur das Gegenteil erreichen. Mühen sie jetzt doch selbst zu bestätigen, daß die Sowjetunion keineswegs gegen die internationale Arbeiterklasse gehandelt, sondern im Gegenteil, die besseren Möglichkeiten und Erfahrungen der imperialistischen Kriegsmacht für die Sowjetmacht und die internationale Arbeiterklasse ausnützt, wie sie sich in der neuen ökonomischen Politik durch die Ausnutzung des internationalen Kapitals eine Waffe zum wirtschaftlichen Aufbau der Sowjetunion geschaffen hat.

Unsere Stellung zur Reichswehr und zur Vaterlandsverteidigung ist bekannt. Wir führten allein einen ernsthaften und entschiedenen Kampf gegen die monarchistisch-kapitalistische Klassenarmee der deutschen Republik. Wir kämpften gegen eine Landesverteidigung für ein imperialistisch-kapitalistisches Deutschland. Unsere Landesverteidigung wird immer nur einem proletarischen Lande gelten. Wir setzen nicht darüber, wenn imperialistische Militärs die Waffengeheimnisse ihres Landes an einen Arbeiterstaat ausliefern. Darüber mögen die Kapitalisten sich die Köpfe zerbrechen. Wir begrüßen im Gegenteil die dadurch gegebene Verstärkung der Verteidigungsmöglichkeiten der den Angriffen des internationalen Kapitals ausgehetzten Arbeiter- und Bauernrepublik. Mit uns werden viele Auffassung alle ehrlichen revolutionären Arbeiter, die für die Befreiung von Unterdrückung kämpfen wollen, vertreten. Sie werden mit uns den Kampf gegen die Klassenarmee des Kapitalismus führen und mit uns für die Verstärkung der proletarischen Verteidigung sein. Die in der sozialdemokratischen Presse jetzt herausgehobene „Rehrseite der Sowjetmedaille“ zeigt nichts anderes als wie den schmählichen Zusammenbruch der sozialdemokratischen Hehe und den vergeblichen Versuch, auf umgekehrter Plattform eine neue Hehe zu entfachen.

## SPD und Regierungsbildung

### Koalitionsschacher statt Auflösung!

Der Wille der SPD-Mitgliedschaft gilt nicht.

Der Schacher um die Regierungsbildung geht fastig weiter. Die Parolen wechseln von Stunde zu Stunde, und ein Ende dieser ganzen widerlichen Komödie ist vorläufig nicht abzusehen. Gestern ist der Reichstag zusammengetreten. Die kommunistische Fraktion stellte sofort einen Antrag auf Auflösung des Reichstages. Der sofortigen Behandlung widersprach die bayerische Volkspartei. Am Schluß der nur kurze Zeit tagenden Sitzung wiederholten unsere Genossen den Antrag, die Frage der Reichstagsauflösung als den ersten Punkt auf die Tagesordnung zu stellen. Gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten wurde auch dieser Antrag abgelehnt. Inzwischen traten sämtliche Parteien zu Fraktionsbildungen zusammen. Das Hauptinteresse konzentrierte sich auf die Sitzung der SPD-Fraktion. In den Nachmittagsstunden wurde folgender Bescheid der Fraktion bekanntgegeben:

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat keine grundsätzlichen Bedenken, eine Regierung der Mitte zu unterstützen. Die endgültige Entscheidung der Fraktion kann aber erst erfolgen, wenn das Programm und die Zusammensetzung der Regierung bekannt sein werden.

Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, ist diesem Bescheid eine sehr heftige Debatte vorausgegangen. Die „Unken“ haben eine strikte Ablehnung jeder Unterstützung einer Regierung verlangt, zu deren Mitgliedern Gehler gehört. Die Mehrheit der Fraktion war jedoch bereit, auch eine Mitterregierung mit Gehler als Wehrminister zu unterstützen. In dieser Hinsicht ist selbst die demokratische Fraktion, die durch den Konflikt Hoch-Gehler in der Frage des Briefes des Generals Reinhardt stark verstimmt ist, konsequenter in ihrem Kampf gegen Gehler und in seiner Ablehnung Gehlers als Reichswehrminister als die sozialdemokratische Fraktion.

Diese schändliche Haltung der SPD-Führer wird um so größerer Empörung unter den SPD-Arbeitern hervorzurufen, als nicht nur die Berliner Funktionärsvorlesung sich grundsätzlich gegen Gehler ausgesprochen hat, sondern auch die Leipziger Volkszeitung und die Chemnitzer Volksstimme an leitender Stelle den sofortigen Abbruch der Verhandlungen der SPD über eine Mitterregierung und ihre direkte oder indirekte Unterstützung verweigert haben. Allerdings haben die rechten Führer auf dem Landesauschuß der SPD Hessens nach einem Referat Davids einen Erfolg errungen. Der Landesauschuß beschloß „zur Sicherstellung einer Außenpolitik, die der Verständigung mit Frankreich zum Ziel hat... und zur Festigung der Republik“ der Reichstagsfraktion zu empfehlen, energisch auf Anteilnahme an der Regierungsbildung hinzuwirken.

Während es in den letzten zwei Tagen so schien, als käme es wieder zur Bildung einer Mitterregierung mit Unterstützung der SPD resp. der Deutschnationalen, d. h. einer Regierung, die von Fall zu Fall ihre Mehrheit rechts oder links sucht, ist die Perspektive der Rechtskoalition neuerdings wieder wahrscheinlicher geworden. Auch in maßgebenden sozialdemokratischen Kreisen wird ein Umfallen des Zentrums zugunsten einer Rechtskoalition mit einer offenen oder indirekten Unterstützung der Deutschnationalen erwartet. Wemot die Verhandlungen in dieser Hinsicht bereits gediehen waren, zeigt ein Artikel des bayerischen Kuriers, der bereits eine ganze Ministerliste der kommenden Regierung veröffentlicht, wozu Strejzemann, Bell, Stengel und Krone ihre Ministerien behalten, das Reichsinnenministerium aber ebenso wie das Reichsernährungsministerium den Deutschnationalen eingeräumt werden sollen. Auch das Reichsfinanzministerium soll dem Deutschnationalen überlassen werden. Diese Kombinationen sind zweifellos zum Teil überholt, sie zeigen aber, wie weit die Dinge bereits gediehen waren. Die letzte

Rebe Westarps hat die Vereinnahmung der Deutschnationalen in die Regierung gemißt, aber auf die Dauer keineswegs unmöglich gemacht.

Die Arbeiterschaft wird jedenfalls den Kampf sowohl gegen die unerhörte Kapitulation der Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, wie gegen die Bürgerblockpläne für die Auflösung des Reichstages beantworten.

### Der mit der Reichstagsauflösung!

KPD Berlin, den 19. Januar 1927.

Trotz des Sturzes der Regierung Marx-Strobelmann-Gehler hatte sich der Reichstag nahezu fünf Wochen lang selbst ausgeschaltet. Wochenlang wurde über die Möglichkeiten der Bildung einer neuen Reichsregierung gehandelt und geschachert. Eine Regierung ist nicht zustande gekommen und das Ende des Schachers ist noch nicht abzusehen. Heute ist nun der Reichstag wieder zusammengetreten, um auf neue seine Impotenz zu dokumentieren. Daß die Massen drücken förmlich die Reichstagsauflösung fordern, sieht die Partei nicht an. Der Reichstag mußte auch ohne Regierung weiterbleiben, denn die Parteien von der SPD bis zu den Völkischen, mit Ausnahme der Kommunisten, sind sich bewußt, daß sie bei Neuwahlen nichts gewinnen können. Sie fürchten die Reichstagsauflösung wie der Teufel das Weihwasser. So wird man weiter schachern in der Hoffnung, daß doch noch ein reaktionärer Wechselzug von einer Reichsregierung zustande kommt, die den konterrevolutionären Kurs der Schachmacheri und der Unterdrückung gegen die Werktätigen fortsetzt.

Genosse Stoeker unternahm deshalb bei Beginn der heutigen ersten Sitzung unter höchstem Beifall der kommunistischen Fraktion einen Vorstoß, um der traurigen Komödie der Schacherei um die Ministerstühle ein Ende zu machen. Er stellte den Antrag, der die Auflösung des Reichstages fordert und die geschäftsleitende Regierung mit den notwendigen Maßnahmen zur Auflösung und der Neuwahl beauftragt. Doch das ziemlich spärlich besetzte Reichstagsplenum war aus seiner kollektiven Ruhe nicht aufzufachen. Obwohl sich der Präsident Loebe vorbehalten hatte, neben den wenigen mehr oder minder belanglosen Beratungsgegenständen weitere Gegenstände auf die Tagesordnung zu legen, fragte er das Haus, ob Widerspruch gegen die sofortige Beratung erhoben wird. Die SPD ist ja ebenfalls gegen die Reichstagsauflösung, und so wählte Herr Loebe dem Abgeordneten Leich (Bayer. Volkspartei) das Stichwort zum Widerspruch neben, der dann auch prompt unter förmlichen Zurufen der Kommunisten erfolgte, womit die sofortige Beratung des Auflösungsantrages abgelehnt war.

Auch die seit einigen Wochen wieder rapid steigende Arbeitslosigkeit und das Erwerbslosentum fachten diesen Reichstag nicht an. Als Genosse Kähler beantragt, sofort die von den Kommunisten gestellten Erwerbslosenansätze auf Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung um 40 Prozent und die Wiederherstellung des harten Achtundzestages zu beraten, erfolgt wiederum auf das Stichwort des Präsidenten Loebe der deutliche Widerspruch, diesmal von Seiten des Zentrums, das damit seine „Arbeiterfreundlichkeit“ aufs Neue dokumentierte.

Die Beratung der wenigen Tagesordnungspunkte war dann in weniger als einer halben Stunde erledigt. Die Vorlagen wurden sämtlich den zuständigen Ausschüssen überwiegen.

Zum Schluß der Sitzung machte Genosse Stoeker namens der kommunistischen Fraktion erneut einen Vorstoß, um wenigstens zu erreichen, daß der Antrag auf Reichstagsauflösung am Donnerstag, den 20. Januar als erster Punkt auf die Tagesordnung gesetzt werde. Wohl er über mußte die SPD-Fraktion, da ja auch die sozialdemokratischen Arbeiter auf Auflösung drängen, dem Antrag zustimmen. Die gesamten bürgerlichen